

Kommunalpolitisches Agitationstheater der Rechtskommunisten

Eine städtische Aktiengesellschaft?

Der hallische Magistrat kündigt eine Vorlage über die städtischen Werke an - Die SPD. gegen jede Verschacherung städtischen Eigentums

Halle, den 12. März 1923.
Die am Montag tagende Stadtverordnetenversammlung war trotz unangenehmer Tagesordnung und sehr langweiliger Redebeiträge namentlich der Sozialisten doch von verhältnismäßig kurzer Dauer. Das war natürlich nur möglich, weil eine große Reihe Bewilligungen glatt und debattelos vorgenommen wurde, so wie sie die Ausschüsse vorge schlagen hatten. Die Einzelheiten über diese Vorlagen sind von uns in den Berichten der betreffenden Ausschüsse mitgeteilt worden. Was dabei aber ins Auge sprang, war das

entfällige Verhalten der Kommunisten. Sie hatten in den Ausschüssen, namentlich im Hausbauausschuss, beispielsweise ihre Zustimmung zur Schaffung der Stelle eines städtischen Bürgergerichtsrats gegeben, ebenso zur Anmietung von neun Räumen in der Gr. Märkerstraße 7 für die Vermaltung. Im Plenum aber waren sie plötzlich die erbittertesten Gegner dieser Vorlagen. Ein solches zwiespältiges Verhalten nennen viele angehenden Arbeitervertreter dann Kommunalpolitik. Die einseitige Erklärung dafür bildet nur die nun hinlänglich bekannte Tatsache, daß es ihnen eben nicht um praktische Arbeit, sondern nur um Agitation ankommt. So geben sie sich denn in den Ausschüssen, wo sie keine Feinde von Feinden halten können, sehr geschicklich, um dann hinterher im Plenum vor der Zuschauertribüne um so lauter ihr Agitationstheater aufzuführen. Daß dabei auch das wenige, was für die Arbeiterklasse angeht, der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse noch erreicht werden kann, in Gefahr gebracht wird, sieht sie nicht an, ja, sie haben vielleicht gar kein Interesse daran, Erfolge herauszuholen, denn die Steigerung der Ertritterung der arbeitenden Massen ist ihnen die Hauptaufgabe. Die sozialdemokratische

Fraktion ließ sich von diesen Manövern denn auch nicht betören, sondern gab ihre Zustimmung da, wo sie es im Interesse der Werktätigen verantworten zu sollen glaubte. Mit ihrer Hilfe wurde die Bestellung eines städtischen Fürsorgeleiters und die Errichtung eines Studentenheims für minderbemittelte Studierende beschlossen.

Hinsichtlich des Auftretens der Rechtskommunisten ist auch noch bemerkenswert das Aufrüden des Stadtverordneten Kuyßbach zum tonangebenden Fraktionsredner. Der kommunistische Barbier verfuhr nach Kräften und mit drohendem Kopf die Rede zu erlesen, die der Anzug Allons den Stallmännern gefolgt hat. Reider vermag er mit organischem Aufwand nicht zu weichen, so ihr Renegat an Sachkenntnis belag.

Reben diesen Vorgängen war wohl das bedeutendste Moment in dieser Stadtverordnetenversammlung die Stellungnahme zu dem angehenden Plane,

die städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.

Die Aukunft des Magistrats war sehr unvollkommen und beschränkte sich nur darauf, eine Vorlage anzutündigen. Wie diese Vorlage aber aussehen wird, darauf kommt es natürlich an. Das gab dem sozialdemokratischen Sprecher denn auch Veranlassung zu der Erklärung, daß eine Stellungnahme erst nach Kenntnis dieser Vorlage möglich ist. Aber abgesehen davon ließ er keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie eben Versuch der Auslieferung der städtischen Werke an das Kapital oder der Entziehung der Werke der städtischen Kontrolle auf das entschiedenste bekämpfen werde. Es wäre denn auch noch schöner, wenn der Bürgerklub noch kurz vor Abschluß in höherer Erwartung einer Stärkung der Linksparteien bei den kommenden Wahlen einen An-

satz gegen die kommunale Wirtschaft vornehmen könnte.

Sitzungsbericht.

Die Verhandlungen wurden eröffnet mit der Einführung des neuen Stadtverordneten Schumann (SPD.), der an Stelle des Herrn Meißel noch eine kurze Grußrede im Rathaus zu geben gedenkt. Darauf wurden für die ausgeschiedenen Stadtverordneten Frau Beul (SPD.) und Meißel Ersatzleute für die von ihnen innegehabten Sitze in verschiedenen Deputationen und Ausschüssen vorschlagsgemäß gewählt. Entwurfbeschluss wurde die Beschaffung von zwei Motorstraßenreinigungsmaschinen, einem Motorpumpwagen und einem Kraftsammlerwagen für die Straßensäubung beschlossen.

Städtische Straßensäubung

Es handelt sich um eine Vorbevollmacht, da diese Beschaffungen im neuen Etat eingelegt sind. Ebenso stimmte man einstimmig der Anweisung von vier Elektrofahrern für die Straßenreinigung zu. Einbürgermeister wollte hierbei aber wissen, woher man das Geld nehmen wolle. Er fürchtete neue Steuern für den Besitz. Der Oberbürgermeister äußerte eine Vorlage hierüber zu erteilen und nachherigen Beschlusses des Kollegiums auch den Beschluß auf

Anschaffung eines dritten Müllwagens

und die von uns im Bericht des Haushaltsausschusses ebenfalls schon ausführlich mitgeteilte Mittelbewilligung für den massigen Betrieb der Steuerkasse an. Auch die Kosten für die Wiederherstellung des Anstaltsgeländes nach der früheren Grube „Frohe Zukunft“ wurden bereitgestellt.

Bei der Vorlage auf Bewilligung von 10 000 Mark für

Kauf von „Tulpe“ in ein Studentenheim

erlebte Herr Kuyßbach (SPD.) die „letzte Hand“ der Rechten für ihresgleichen. In einem Jahre habe man 220 000 M. für die Universität aufgewendet. Das sei zu hoch, da es nur einer bestimmten Rede zugute komme. Der „letzte Hand“ sagte man die Unterstützung. Frau Hermann, die sich jetzt von ihrer Partei durch einen (mittigen) Kandidaten empfangt hat, studierte ihrem Fraktionskollegen bei seiner immer mehr in die Breite fliehenden Rede durch entsprechende Zwischenrufe. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Stadtd. Schumann, führte die Debatte dann wieder auf ihre richtige Basis zurück. Er betonte, daß, obwohl ihm die Rot der Obdachlosen und das Wohnungsproblem nur zu gut bekannt seien, er die Vorlage doch nicht ablehnen könne. Mit den Kommunisten darüber zu diskutieren, müsse er ablehnen. Hierbei setzte ein

lebhafte Zwischenruf-Konzert der Sozialisten ein, in dessen Verlauf Herr Kuyßbach seinen früheren Freunden zuriel: „Höder, Ihr steht ihnen (der SPD. D. Red.) näher wie ich.“

Stadtverordneter Schumann betonte dann weiter, daß es sich hier um

eine durchaus soziale Vorlage

handele, die gerade denen zugute komme, die aus proletarischen Kämpfen kommen. Allerdings habe die SPD. die Grenzen etwas weiter als die Kommunisten. Die sozialdemokratische Fraktion stimme der Vorlage unbedingdet bei, jedoch der Kommunisten zu. Ihre Stellungnahme

gegen die Reaktion an den Hochschulen bleibt davon unberührt. Für den Ordnungsbild erklärte der „Demokrat“ Minkner mit den besagenden Worten:

„Wir von der Rechten“ die Zustimmung zur Vorlage, woran er gegen die Kommunisten polemisierte. Schließlich heißt Stadtd. Wonne (Ordn.-Bl.) den Antrag auf



Rauchen und Rauchen ist zweierlei

Wie einen tun es aus Nervosität, aus Gewöhnheit - weil eben jeder raucht. Es sind im Sinne des Fachmanns die „schlechten Raucher“. Sie sind schon zufrieden, wenn die Zigarette qualmt und wenn sie nicht gerade auf der Zunge beißt. Die andern, die guten Raucher, suchen in der Orientzigarette einen edlen Genuss. Sie sind anspruchsvoll und verwöhnt. Ihre Zunge reagiert sofort auf unedle oder unweife Tabake. Wir behaupten, dass wir nur Zigaretten für den guten Raucher fabrizieren.

Wollen Sie als Raucher fremder Marken bei uns einmal einigedage in die Kur gehen und unserem fachmännischen Rat folgen, bis Sie sich selbst überzeugt haben? Sie können dabei nur gewinnen. Vielleicht werden auch Sie zum „guten Raucher“, finden edlen Genuss an allem Orient Tabak und brauchen sich auch nicht mehr über Unbekömmlichkeit des Rauchens zu beklagen.

Kaufen Sie sich eine Schachtel OVERSTOLZ. Rauchen Sie diese so wie Sie sonst zu rauchen gewöhnt sind. Aber rauchen Sie keine fremde Zigarette dazwischen, denn es kommt darauf an, dass Ihre Zunge sich einmal ganz auf osmacedonischen Tabak einstellt. Dann wollen wir uns in einigen Tagen wieder sprechen!

Zigarettenfabrik  Haus-Neuerburg &

